

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 82 (1988)
Heft: 6

Artikel: NW-Gespräch mit Ed de la Torre : enttäuschte Hoffnungen auf den Philippinen
Autor: Torre, Ed de la / Hofstetter, Viktor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143413>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

terik auf gesellschaftliche und religiöse Defizite hin. Insofern hat ihr Vorhandensein eine historische Berechtigung – und zwar so lange, bis den Menschen auf ihrer Sinnsuche etwas Besseres glaubwürdig geboten werden kann. Darum steht den Christen selbstsichere Überheblichkeit im Umgang mit esoterischen Strömungen nicht gut zu Gesicht. Das Bemühen um die eigene christliche Identität, das ständige Ringen um neue Wege der Nachfolge und um glaubwürdige Lebensgestaltung wären seiner Meinung nach angemessenere Reaktionen auf die esoterische Herausforderung. Seiner Meinung nach kann die Esoterik nur in dem Mass überwunden werden, «als jenes Bessere kommt, dem sie als Ersatz dienen soll. Alle blossе Polemik gegen sie kann wenig fruchten, am wenigsten eine, die von jedem Verständnis des wahren Sinnes dieser Denkweise weit entfernt ist und sich mit Schlagwörtern begnügt, oder der man den Konkurrenz-

neid von weitem ansieht. Auch das schnellfertige Urteil einer Theologie, die immer ein paar historische Etiketten bereit hat, womit sie neue Bewegungen in die Rubrik des schon Dagewesenen und Erledigten einordnet und damit abtut – vielleicht mit einigen Nutzenanwendungen – wird nicht viel ausrichten. Wenn einer grossen Hunger hat, so ist ihm weder damit geholfen, dass man ihm zu beweisen versucht, die Speise, womit er seinen Hunger stillt, sei ungesund, noch damit, dass man ihm zeigt, dass eine solche Art von Hungerstillen auch schon dagewesen sei, aber sich nicht bewährt habe. Er sollte jene bessere Speise *bekommen*, sonst höhnt er über uns. Und der Hunger unseres Geschlechtes, dieses so lange mit Steinen oder auch Staub abgespeisten Geschlechtes, ist gross» (S. 78).

* Erschienen im Rotapfel-Verlag, Erlenbach/Zürich, München, Leipzig, und zuvor in: NW 1922, S. 12ff., 78ff., 118ff., 164ff., 220ff.

NW-Gespräch mit Ed de la Torre

Enttäuschte Hoffnungen auf den Philippinen

NW: *Ed de la Torre, Sie sind ein philippinischer Theologe. Unseren Leserinnen und Lesern wurden Sie im letzten Oktoberheft von Clemens Locher vorgestellt. Sie stehen mitten in einem sehr bewegten Kampf um die Befreiung Ihres Volkes. 1972 haben Sie die Organisation «Christians for National Liberation» (CNL) gegründet und sich ein Jahr später auch an der Gründung der «National Democratic Front» (NDF) beteiligt. Wegen «Subversion» wurden Sie 1974 verhaftet und kamen erst 1980 unter starkem internationalem Druck wieder frei. Zwei Jahre später wurden Sie erneut verhaftet und erst nach*

Marcos' Sturz im Februar 1986 wieder freigelassen. Wie frei fühlen Sie sich heute auf den Philippinen? Wie frei können Sie sich in einem Gespräch wie diesem äussern?

Die Tage der Hochstimmung waren nur von kurzer Dauer

Ed de la Torre: Die ersten vier oder fünf Monate nach meiner Entlassung aus dem Gefängnis fühlte ich mich freier denn je in meinem Leben. Der Einfluss von *People's power* war immer noch da. Die politischen Gefangenen wurden frei. Das Klima im Lande war so freiheitlich, dass

selbst die Militärs, die gegen Marcos rebelliert hatten, sich über unsere Freilassung freuten. Die Leute waren neugierig, die politischen Ansichten von uns Freigelassenen kennenzulernen. Ich hatte Zugang zu öffentlichen Veranstaltungen und Zeitungen, ja sogar zu Radio und Fernsehen.

Doch diese Tage der Hochstimmung waren nur von kurzer Dauer. Langsam kehrte die Selbstzensur wieder zurück. Die Medienleute wollten uns nicht mehr interviewen. Sie standen unter dem Druck verbaler Attacken von seiten der Militärs, die verlangten, dass «diesen Linken» an Radio und Fernsehen keine Sendezeit mehr eingeräumt werde. Bereits im Herbst 1986 begannen die *Gewaltakte gegen führende Persönlichkeiten der politischen Linken*. Ich selbst war kein direktes Ziel dieser Übergriffe; denn als eben erst Freigekommener war ich nicht Führer einer bedeutenden Organisation. Doch wichtige Gewerkschaftsführer wie Orlando Olalia wurden von bewaffneten Männern entführt und ermordet. Inzwischen stellte sich heraus, dass die Planung dieser Angriffe von denselben Armeeeoffizieren ausging, die sich als die «Helden des Februar-Aufstandes» feiern liessen. Mit diesen Mordtaten wollten sie zwei Dinge auf einmal tun: erstens die Leute eliminieren, die nicht von der Demokratie profitieren sollten, und zweitens die Situation soweit destabilisieren, dass sich die Regierung Aquino besser bekämpfen liesse.

Ich selbst gehöre nun zu dieser Gruppe von Individuen, ehemaligen (oder vielleicht auch zukünftigen!) Gefangenen, die nicht mehr nur verbalen Angriffen ausgesetzt sind. In meinem Fall gibt es allerdings noch keine Hinweise, dass ich auf irgendeiner *Todesliste* stehe. Dass es solche Listen gibt, mussten dagegen meine beiden letzten Kameraden im Gefängnis, Dr. Prudente und Horacio Morales, erfahren. Prudente, der Rektor einer Staatsuniversität geworden ist, hat Menschen Zuflucht gewährt, die vor den

«Vigilantes» (Bürgerwehren) fliehen mussten. Darauf haben die Militärs die Universität durchsucht und die Flüchtigen festgenommen. Eine Woche später wurde er in einen Hinterhalt gelockt und überfallen. Er überlebte, aber sein Begleiter starb. Morales, der vor seinem Eintritt in die NDF Mitglied der Marcos-Regierung war, hat immer noch Freunde in der Regierung und beim Militär. Einer von ihnen hat ihn gewarnt, dass sein Name auf der Todesliste eines militärischen Kommandos stehe. Auch wenn ich nicht weiss, ob ich unmittelbar in Gefahr bin, muss ich doch die Warnung meiner Freunde ernst nehmen, dass ich wie jeder ehemalige Gefangene und Fürsprecher einer fundamentalen Veränderung unserer Gesellschaft das Opfer solcher Angriffe werden könnte.

Aber wenn Sie mich nach meinem Gefühl von Freiheit fragen, dann antworte ich, dass ich mich immer so frei fühle, als ich es wage, frei zu sein. Ich sage einfach, was ich fühle und denke. Die Konsequenzen muss ich später selber tragen.

NW: *Heisst das, dass Sie sich auf den Philippinen nicht frei bewegen können?*

Ed de la Torre: Ich befinde mich weder im Exil, noch bin ich ein Flüchtling im Ausland. Ich kann jederzeit nach Hause. Im Flughafen bin ich in Sicherheit. Ich werde da nicht verhaftet oder getötet. Aber es wäre für mich unrealistisch, für längere Zeit auf den Philippinen zu arbeiten, vor allem tagsüber einer geregelten Arbeit in einem Büro nachzugehen und abends immer an denselben Ort zurückzukehren. Ich bin in dieser Hinsicht aber kein Sonderfall. Es gibt viele Leute, die auf eine geregelte Tätigkeit verzichten müssen, wenn sie sicher sein wollen.

Die Regierung Aquino überlebt auf Kosten des Volkes

NW: *Frau Aquino hat den 25. Februar, den zweiten Jahrestag ihrer Vereidigung als Präsidentin, zum «Tag der Freiheit» erklärt. Hat die Präsidentin Grund zum Feiern? In den letzten Lokalwahlen haben*

die Kandidaten von Frau Aquino zwar 65 Prozent der Sitze erhalten. Ist damit aber die Putschgefahr von seiten der Anhänger des früheren Diktators Marcos gebannt? Wird sich Frau Aquino bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen von 1992 halten können? Welchen Preis bezahlt die Präsidentin für die Verteidigung ihrer Position?

Ed de la Torre: Für Frau Aquino besteht der unmittelbare Grund zum Feiern darin, dass sie überhaupt im Amt geblieben ist. Um im Amt zu bleiben, hat sie aber einen Preis bezahlt, bei dem es *nichts zu feiern* gibt. So bedeuten die 65 Prozent der Sitze bei den letzten Lokalwahlen zum Beispiel nicht, dass alle Kandidaten der Partei von Frau Aquino Gegner des Marcos-Regimes gewesen wären. Im Gegenteil, die Mehrheit dieser Sitze fiel an Anhänger des Marcos-Regimes, die es vorteilhaft fanden, für die Partei von Frau Aquino zu kandidieren. Sie konnten sich sowohl auf ihre traditionelle Wählerschaft als auch auf den Propagandaapparat und die finanziellen Mittel der regierenden Partei stützen.

Die *Gefahr eines Putsches* gegen die Regierung hat wohl nachgelassen, aber nicht, weil Frau Aquino populärer oder weil das Militär weniger militant geworden wäre. Die Putschgefahr hat sich nur deshalb vermindert, weil einerseits die Regierung Aquino auf viele Forderungen der Militärs eingegangen ist, und weil andererseits viele Militärs erkannt haben, dass sie ihre Ziele auch ohne Putsch erreichen können. Bei den Wahlen haben zum Beispiel all jene Obersten kandidiert und gewonnen, die am Putsch gegen Frau Aquino beteiligt waren: Col. Aguinardo in Cagayan, Col. Abadilla in Icos-Norte, Col. Dulay in Querino und Gen. Achaveria in Catanduanes. Sie alle betreiben eine faschistische Politik, sind Parteigänger von Marcos und wünschen dessen Rückkehr.

Unter diesen Voraussetzungen kann Frau Aquino wohl bis 1992 im Amt bleiben. Aber zu welchem Preis? Sie wird

sich vermutlich auch deshalb halten können, weil es *nicht im Interesse der USA* wäre, eine – vor allem unter den politisch weniger engagierten Bevölkerungsteilen – immer noch recht populäre Regierungschefin durch eine Militär-Diktatur zu ersetzen. Damit will ich nicht ausschließen, dass gewisse Militärkreise einen Coup gegen die Regierung Aquino lancieren könnten. Ohne die Unterstützung durch die US-Regierung hätten sie aber kaum eine Erfolgschance.

Eine Ungewissheit bleibt vorderhand bestehen: In diesem Jahr beginnen die Verhandlungen mit den USA über die Fortsetzung der *Militärbasen* auf den Philippinen, und offiziell heisst es, dass die Position Aquinos immer noch «offen» sei. Wenn die Regierungschefin aber zu lange «offen» bleibt, werden die Amerikaner sie dazu drängen, «sich zu entscheiden». Sollte sie nicht gewillt sein, die Verträge zu erneuern, oder sollte sie nicht in der Lage sein, die Volksbewegung gegen die amerikanischen Stützpunkte zu unterdrücken, zum Beispiel durch die Ausrufung eines begrenzten Notstandes, würden die USA einen Putsch gegen Frau Aquino unterstützen. Aber wenn sie nachgibt, wie das leider ihre Tendenz ist, hat sie natürlich alle Chancen, bis 1992 im Amt zu bleiben. Aber ihr Überleben ginge nicht nur auf Kosten der Hoffnungen des Volkes, sondern wohl auch ihres eigenen Rufes.

«Stammes-Verhandlungen» zwischen dem Aquino-Clan und Marcos

NW: *Und was unternimmt Frau Aquino wegen der Marcos-Gelder?*

Ed de la Torre: Das wird wohl einer der letzten, *schicksalhaften Kompromisse* sein, den sie eingeht. Die philippinische Wirtschaft, die das Marcos-Regime hinterlassen hat, befindet sich zweifellos in einem desolaten Zustand. All der Goodwill, den die Welt Frau Aquino entgegenbringt, wurde nicht in substantielle Hilfe umgewandelt, noch weniger in einen Schuldenerlass. Sollte das Marcos-

Vermögen wirklich die befürchtete Höhe von 5 bis 10 Milliarden Dollar betragen, würde sich die Rückerstattung eines grossen Teils dieser Gelder unter Umgehung des Rechtsweges als kurzlebiger Boom auf die Wirtschaft auswirken. Dafür müsste Frau Aquino die Rückkehr von Marcos auf die Philippinen zulassen. Bereits haben ein Cousin und ein Onkel von Frau Aquino mit Marcos über diesen Kompromiss gesprochen. Und Marcos hat schon eine wohlwollende Erklärung für Frau Aquino abgegeben. Das sind Zeichen von «Stammes-Verhandlungen» (clan-negotiations). Die letzte Runde dieser Gespräche wird wohl in der Schweiz geführt, wenn Frau Aquino im Juni hierher kommt.

«Aquino schlimmer als Marcos»?

NW: *Wie beurteilen Sie die politische Leistungsbilanz der Regierung Aquino? Hat diese Regierung, hat die Wiedereinführung der politischen Demokratie irgend etwas an der ökonomischen und sozialen Situation des Volkes geändert? Wann ist vor allem die längst fällige Landreform zu erwarten? Stimmt es, «dass heute auf den Philippinen mehr gemordet, gefoltert und willkürlich festgenommen wird als unter Ferdinand Marcos» (Weltwoche, 21. 1. 1988)?*

Ed de la Torre: Ich möchte die Folge der Fragen umkehren. Es gibt viele Philippiner, die aus Wut und Frustration heute sagen: »Aquino ist gleich wie Marcos« oder sogar »Aquino ist schlimmer als Marcos«. Natürlich ist es schwer, solche Aussagen zu verstehen, wenn man die beiden Personen miteinander vergleicht. Offensichtlich hat Aquino bessere menschliche Qualitäten als Marcos. Solche Aussagen aber bringen zum Ausdruck, dass sich die *Situation zusehends verschlechtert*. Der Demokratisierungsprozess hat sich nicht nur verlangsamt, sondern er wurde rückgängig gemacht. Gefangene, Folterungen und Morde sind die politischen Indikatoren dieser negativen Entwicklung. Es gibt heute zwar we-

niger Gefangene als unter Marcos, dafür mehr Morde.

Wer sagt: »Es ist dasselbe wie unter Marcos«, meint, dass einerseits den gleichen Militärs erlaubt wird, das Gleiche zu tun, und dass andererseits die gleichen Clans das politische und wirtschaftliche Leben beherrschen. Wer sagt: »Es ist schlimmer als unter Marcos«, kann dafür auch Gründe anführen. Unter Marcos gab es nur eine Gefahr: die Militärs, und Marcos war für sie verantwortlich. Jetzt gibt es *vier Gefahrenquellen*: Erstens die Militärs, die (wie unter Marcos) der Präsidentin direkt unterstellt sind und sich ihr gegenüber loyal verhalten. Sie sehen es als ihre Pflicht an, Oppositionelle oder Dissidenten zu eliminieren, wenn diese radikale Positionen einnehmen. Zweitens die Militärs, die von der Regierung nicht kontrolliert werden, die sie vielmehr destabilisieren wollen. Auch sie sehen in der Linken und in der ganzen Volksbewegung das Ziel ihrer Angriffe. Drittens die »Vigilantes«, die teils von Militärs gesteuert werden, teils von Politikern und Grossgrundbesitzern, die sich durch die erstarkende Volksbewegung bedroht fühlen. Und viertens paramilitärische Gruppen, die von rechtsextremen Organisationen in den USA unterstützt werden. Wenn Sie für die Menschenrechte eintreten oder eine Volksbewegung organisieren, dann sind Sie dieser vierfachen Gefahr ausgesetzt. Und Sie wissen nie, woher die Gefahr kommt. Das ist schlimmer als unter Marcos.

Unter Marcos hatte die Opposition auf den Philippinen zumindest die moralische Unterstützung der übrigen Welt. Jetzt werden die Popularität und der gute Ruf der Präsidentin dazu missbraucht, jede Kritik an der Regierung zu verurteilen, statt die Militärs unter Kontrolle zu halten. So werden Zweifel und Kritik laut an der Volksbewegung, ja sogar an den Berichten über *Menschenrechtsverletzungen*. Leute wie Kardinal Sin behaupten heute, was sie unter Marcos niemals gewagt hätten: dass nämlich die Be-

richte über Menschenrechtsverletzungen, die von der «Taskforce for Detainees» (eine kirchliche Arbeitsgruppe für Menschenrechte) und anderen Menschenrechtsgruppen herausgegeben werden, bloss Erfindungen seien. Natürlich wird jedermann erwidern: «Aquino soll Morde befohlen haben? Das kann doch nicht wahr sein!» Genau in diesem Sinne aber ist die Regierung Aquino schlimmer als das Marcos-Regime. Statt dass die Leute die Menschenrechtsverletzungen kritisieren, sagen sie jetzt: «Vielleicht habt Ihr das verdient; denn Ihr stellt Euch ja gegen eine legitime und demokratische Regierung.»

Landreform auf der langen Bank

Für die ökonomische und soziale Entwicklung ist sicher die *Landreform* das Hauptproblem, nicht nur als Frage der Gerechtigkeit, sondern auch als Faktor der Wirtschaft. Ohne Bauern, die Überschüsse erzielen, können wir weder einen internen Markt entwickeln noch unseren Aussenhandel fördern. Die Haltung der Regierung zur Landreform ist wieder ein typischer Kompromiss. Die Regierungschefin hat ein Dekret veröffentlicht, das eine Landreform in Aussicht stellt. Aquino hat sogar erklärt, dass auch ihre eigene Hacienda davon betroffen sein werde. Doch gleichzeitig sagt Aquino, die Landreform-Gesetze müssten vom Kongress verabschiedet werden, wo die meisten Grossgrundbesitzer vertreten sind. Im übrigen enthält die Gesetzesvorlage eine Klausel, wonach Land, das einer Gesellschaft gehört, nicht auf die Pächter verteilt wird. Diese sollen nur ein paar Anteilscheine bekommen. Damit entginge Aquinos Hacienda Luisita der Landverteilung an die Pächter . . .

Ich weiss nicht, ob wir von Frau Aquino immer nur sagen dürfen: «Sie meint es gut, aber ihre Leute führen ihre Befehle nicht aus. Sie sind einfach nicht unter ihrer Kontrolle.» So naiv ist Aquino nun auch wieder nicht. Einer ihrer Berater aus dem Jesuitenorden, Pater Bernas,

hat sie auch dafür kritisiert, dass sie ihre Macht nicht wirklich ausübt. Sie hätte die Landreform durchsetzen können, bevor der Kongress zusammengetreten ist. Unter dem Vorwand der Demokratie hat sie darauf verzichtet, ihre legislative Autorität auszuüben, obwohl sie weiss, dass der Kongress noch konservativer sein wird, als sie es ist. Man könnte darum nicht nur ihre Urteilsfähigkeit, sondern auch ihre Aufrichtigkeit in Frage stellen.

Demokratisch ist nur eine Regierung, welche die Gewalt begrenzt

NW: Sie fragen sich, ob Aquino überhaupt die Demokratie wiedereingeführt hat?

Ed de la Torre: Ich bezweifle, dass Aquino die politische Demokratie wiedereingeführt hat. Ich meine dies nicht nur im Sinne einer echten Partizipation des Volkes, sondern auch schon im Sinne eines klaren *Vorrangs der zivilen Gewalt* gegenüber der Armee. Es ist zwar das demokratische Recht der Regierung, antikommunistisch zu sein und gegen die Linke zu agitieren, soviel sie will; sie kann sich jedoch nicht demokratisch nennen und gleichzeitig bewaffnete Bürgerwehren und weitere paramilitärische Gruppen im Land akzeptieren. Demokratisch ist nur eine Regierung, welche die Gewalt begrenzt und auf das Militär einschränkt. Ich kann nicht glauben, dass Aquino die unbegrenzte Gewalt befürwortet. Wenn sie die «Vigilantes» unterstützt, ist sie vielleicht schlecht informiert. Noch weniger kann ich verstehen, warum Kardinal Sin das Gleiche tut.

NW: Mit welchem Argument werden diese «Vigilantes» unterstützt?

Ed de la Torre: Aquino und Sin argumentieren, dass die «Vigilantes» nicht wirklich bewaffnet seien. Und wenn sie es seien, dann würden sie sich nur gegen die Guerilla verteidigen. Demgegenüber sagte Bischof Escaler von Zamboanga zu Frau Aquino: «Madame, hier sind die Leute unbewaffnet, sie versuchen nur, sich zu organisieren. Aber nun müssen

sie sich verteidigen, nicht gegen die Guerilla, sondern gegen Ihre ‚Vigilantes‘ und gegen Ihre Militärs.» Es ist darum ganz klar, gegen wen es die Selbstverteidigung braucht.

Die gemeinsame Aufgabe von Christen und Kommunisten und das Problem der Gewalt

NW: *Die ungelöste soziale Frage scheint die Strategie der Kommunistischen Partei zu bestätigen. Deren militärischer Arm, die «New People's Army» (NPA), kämpft gegen die Regierungstruppen. Auf der andern Seite hat die Regierung den Kommunisten den «totalen Krieg» erklärt. Wie stellen sich Ihre Organisationen, die CNL und die NDF, wie stellen Sie sich persönlich zur Politik der Kommunistischen Partei, wie insbesondere zur Frage der Gewalt auf den Philippinen?*

Ed de la Torre: Seit meiner letzten Verhaftung bin ich nicht mehr Mitglied der NDF-Führung. Nach meiner Freilassung wollte ich solange wie möglich in der Legalität arbeiten. Aber meine Sympathien für die CNL und die NDF sind natürlich bekannt. Die CNL ist Mitglied der NDF. Auch die Kommunistische Partei ist als einzige Partei Mitglied der NDF, wo ihr eine führende Rolle zukommt. Innerhalb der CNL ist darum die Haltung der Christen gegenüber den Kommunisten eine wohlwollende. Ich möchte aber gleich hinzufügen, dass die NDF eine gemischte Führungsstruktur aufweist. Insofern kommt hier der Kommunistischen Partei keineswegs ein Führungsmonopol zu.

Entscheidend ist für uns nicht, ob einer Kommunist oder Marxist ist, sondern ob er *Antifaschist* ist und die Diktatur ablehnt, ob er *Antifeudalist* ist und für eine allgemeine Landreform eintritt und ob er *Antiimperialist* ist und sich für die Unabhängigkeit der Philippinen einsetzt. Es gibt auf den Philippinen noch eine andere Gruppe von Marxisten, die von der CNL abgelehnt wird, nämlich die alte Kommunistische Partei. Die CNL hat sich gegen sie gestellt, nicht weil sie sich

Marxisten nennen, sondern weil sie mit Marcos kollaborierten.

Entscheidend ist auch nicht so sehr die politische Theorie. Die «Christen für die nationale Befreiung» haben viele Kommunisten, einfache und führende Parteimitglieder, *im Kampf*, aber auch *im Gefängnis* kennengelernt. Einige CNL-Mitglieder haben diese Kommunisten geradezu als Helden und Führer verehrt, fast als ob sie vollkommene Menschen wären. Aber es gibt auch andere Kommunisten. Sie sind Durchschnitts-Marxisten, wie es Durchschnitts-Christen gibt, dogmatisch, intolerant und mit wenig Einfühlungsvermögen für die einfachen Leute. Wir sollten die Kommunisten als Philippiner, als Menschen ansehen, die mit ihrer Ideologie, ihrem Programm und ihrer Organisation ein bestimmtes Ziel verfolgen. In vielem gehen wir mit ihnen einig. Meinungsverschiedenheiten, die es natürlich auch gibt, tragen wir als Genossen aus, die im Dienst einer gemeinsamen Aufgabe stehen.

Am *bewaffneten Kampf* sind die wenigsten CNL-Mitglieder beteiligt. Weder sind wir besonders befähigt für diesen Kampf, noch betrachten wir ihn als unsere zentrale Frage. Das eigentliche Problem für uns ist, ob es eine breite Beteiligung des Volkes gibt am gemeinsamen Kampf, von dem ein Teil mit Waffen geführt wird. Ohne die breite Unterstützung durch die Bevölkerung wird ein bewaffneter Kampf elitär, mag er noch so heldenhaft sein. Er ist ein Tun *für* das Volk und nicht *mit* dem Volk.

Meine eigene Position gegenüber dem bewaffneten Kampf deckt sich mit Luthers Satz: «Simul justus et peccator». Der bewaffnete Kampf ist einerseits *gerecht*. Ich bin darum nicht mit jenen einverstanden, die alles, was nicht absolute Gewaltlosigkeit ist, für Sünde halten. Wenn ich aber den bewaffneten Kampf in bestimmten Situationen rechtfertige, heisst das nicht, dass er ohne Sünde sei. Er verletzt immer Rechte von Soldaten, Landbesitzern usw. Darum ist er gerecht *und sündig* zu-

gleich, aber nicht im Sinn einer Halbe-halbe-Position. Nein, er ist zunächst einmal gerecht, aber wir müssen seiner Sündhaftigkeit gewahr bleiben.

NW: *Trifft es zu, dass die NPA ungefähr 30'000 Mitglieder zählt und dass ebenso viele in der Kommunistischen Partei sind?*

Ed de la Torre: Ja, aber das sind nicht die gleichen 30'000. Etwa die Hälfte der Kommunisten kämpft in der NPA, was bedeutet, dass die andere Hälfte der NPA-Kämpfer nicht Mitglieder der Partei sind. Je mehr die Gewalt zunimmt, umso mehr Leute schliessen sich der NPA und der Kommunistischen Partei an. Aber wichtiger ist die Volksbewegung, die gewaltlos kämpft und sich noch mehr ausbreitet als diese beiden Organisationen.

Lernen vom marxistischen Realismus

NW: *Wird der Marxismus in Zukunft eine bedeutendere Rolle spielen?*

Ed de la Torre: Seine Rolle nimmt in der Masse zu, als die Kommunistische Partei und die NPA erstarken. Wie in Lateinamerika und anderswo beeinflusst der Marxismus aber auch Nichtmarxisten, insbesondere Christen. Seine Bedeutung liegt hier weniger in der Inspiration und Motivation als vielmehr in der *Analyse*. Er bringt auch einen gewissen Realismus in die moralistischen und romantischen Ansichten, die wir oft haben. Wenn wir meinen, mit unserer Entscheidung für die Gerechtigkeit sei alles klar, dann verhilft uns die marxistische Dialektik von Theorie und Praxis zur Einsicht, dass alles etwas komplizierter ist und dass wir manchmal Kompromisse eingehen müssen, um vorwärts zu kommen. Ich glaube, wir können etwas lernen vom marxistischen Realismus, nicht nur in der Analyse, sondern ebenfalls in der Strategie und Taktik.

Gewiss können auch Nichtmarxisten ihren Beitrag leisten. Der Marxismus enthält sowenig die ganze Wahrheit als jedes andere Gedankensystem. Auch er muss *neue Ideen und Erfahrungen* verar-

beiten, zum Beispiel die Ideen und Erfahrungen von Nichtmarxisten auf den Philippinen. Da beide Seiten lernfähig sind, hat die Begegnung zwischen Christen und Marxisten bis heute mehr positive als negative Ergebnisse hervorgebracht.

Wer ist Kirche: die kleine Knospe oder der grosse Ast?

NW: *Auf welcher Seite steht die Kirche in der philippinischen Klassengesellschaft? Sie haben Clemens Locher gegenüber die Meinung vertreten, dass 80 Prozent der katholischen Bischöfe die «Elitedemokratie» der wirtschaftlich mächtigen und politisch tonangebenden Clans befürworten. Heisst das, dass die kirchliche Hierarchie den «Klassenkampf von oben» schürt? Und wie verträgt sich diese Pro-Aquino-Position mit dem Vorwurf an sozial engagierte Priester und Ordensleute, sie würden Parteipolitik betreiben?*

Ed de la Torre: Wenn Ihre Frage die ganze Kirche meint – von den Bischöfen über die Priester und Nonnen bis zu den Laien –, dann kann diese Kirche nur die *Spaltungen der Gesellschaft widerspiegeln*. Die Tatsache, dass unsere Bischöfe und Priester mehrheitlich aus der Mittelklasse kommen, einige sogar aus Familien der obersten Schicht, ist einer der Gründe für die politische Position vieler Teile des Klerus. Wenn die von Ihnen erwähnte Statistik bedeutet, dass nur 20 Prozent der Bischöfe auf der Seite der Volksbewegung stehen, dann stellt sich die Frage: Wer ist die Kirche, die kleine Knospe oder der grosse Ast?

Die katholische Kirche ist dann am politischsten, wenn sie behauptet, nicht politisch zu sein. Tatsächlich hat sie ihren *Anteil am Klassenkampf*, auch wenn sie das nicht wahrhaben will. Die Bischöfe würden darum wohl sagen: «Was, Klassenkampf von oben? Ja, vielleicht ihr von unten, aber doch nicht wir!» Und wenn die Bischöfe uns *Parteipolitik* vorwerfen, dann müssen wir ihnen erwidern, dass sie mehr politisieren als wir. Wir engagieren

uns für die Volksbewegung, für die Anliegen des Volkes und nicht für eine Partei. In politischen Parteien sind dagegen die Clans organisiert. Wenn sich die Bischöfe auf die Seite von Aquino, Laurel und anderen schlagen, dann sind sie es, die eine politische Partei unterstützen.

Mein Eindruck ist, dass die tonangebenden Kreise im philippinischen Katholizismus nicht einmal die päpstlichen Sozialenzykliken zur Kenntnis genommen haben. Obwohl diese Texte reformistisch sind, räumen sie den Armen, den Arbeitern und den Bauern das Recht ein, sich zu organisieren und zu kämpfen. Viele Kirchenleute auf den Philippinen sympathisieren zwar mit den Armen, aber nur solange, als diese sich nicht organisieren. Sobald sie sich organisieren, führen sie den Klassenkampf. Aber natürlich, denn die herrschenden Klassen sind ja schon organisiert. Kardinal Sin sagte einmal: «Ich bin unparteiisch, ich bin nicht einmal für Aquino, Laurel oder Enrile.» Unsere Kirchenleute sind in der Tat nicht für diesen oder jenen, sondern für die ganze Clique, *für diese ganze Klasse* und gegen die Linke. Wenn das keine klassenbestimmte Position ist! Sin spricht mit grösserem Klassenbewusstsein als alle unsere Politiker. Trotzdem hält er *uns* für Klassenkämpfer und Parteipolitiker.

Die Leute, die ich in der Volksbewegung und im Gefängnis kennenlernte, sind eigentlich gar nicht so klassenbewusst. Sie identifizieren sich mit ihrer lokalen Gemeinschaft, einem bestimmten Katecheten oder Gewerkschaftsführer. Sie nehmen, objektiv gesehen, zwar klar Stellung im Sinne ihrer Klassenzugehörigkeit. Doch wenn wir von *Klassenbewusstsein* sprechen, so ist es bei ihnen weniger entwickelt als bei Kardinal Sin.

Vom Glauben an eine erneuerte Kirche und von einer Mitternachtsmesse im Gefängnis

NW: Pater Ed, Sie sind eines der prominentesten Mitglieder der christlichen Basisbewegung. Sie praktizieren eine andere

Politik als die Mehrheit der Hierarchie. Kann der philippinische Katholizismus diesen Konflikt überstehen? Kann der Grossgrundbesitzer mit dem landlosen Pächter, gegen den er seine Bürgerwehr mobilisiert, am gleichen Tisch Eucharistie feiern?

Ed de la Torre: Eines meiner zentralen theologischen und politischen Paradigmen heisst: Passion, Tod und Auferstehung. Weil ich an die *Auferstehung* glaube, glaube ich auch an das *Überleben* der katholischen Kirche auf den Philippinen – und an mehr als nur das Überleben. Auferstehung bedeutet zunächst freilich Leiden und Tod. Das erschreckt viele Leute. Aber Auferstehung bedeutet auch *neues Leben*. Darum konnte Maria Magdalena den Auferstandenen nicht gleich erkennen. Das neue Leben trägt eben nicht dieselben Züge wie das alte. Darum wird der philippinische Katholizismus nicht nur überleben, sondern er wird verwandelt werden. Das ist nicht nur mein Glaube, das ist auch meine politische Einschätzung der Entwicklung. Natürlich wird es Konflikte geben, und die Erneuerung wird nicht die ganze Kirche erfassen. Wenn wir die Kirche zu erneuern suchen, dann wollen wir sie aber gewiss nicht zerstören, wie einige Bischöfe auf der Pastoralkonferenz von Mindanao uns vorwarfen.

Die gleiche Antwort gebe ich auf Ihre Frage nach der *gemeinsamen Feier der Eucharistie*. Manchmal ist es für radikale Christen wie für Marxisten frustrierend zu sehen, wie die Armen viel eher bereit sind zu vergeben. Sie sind sogar bereit, mit ihren Unterdrückern Eucharistie zu feiern, in der Hoffnung, dass diese sich bekehren. Doch wenn die militanter gewordenen Armen sich organisieren und von sich aus einen Priester einladen, dann sind es die Landbesitzer, die ihre Teilnahme verweigern. Sie brauchen gar nicht erst exkommuniziert zu werden, sie exkommunizieren sich selbst.

Ich habe auch schon mit gegensätzlichen Gruppen Eucharistie gefeiert. Aber

gleichzeitig habe ich gewarnt, wir wollten die Eucharistie nicht dazu missbrauchen, unsere Unterschiede zu verwischen. Ein *dramatisches Beispiel* aus der Zeit meiner Gefangenschaft: Ich bat die Gefängnisleitung, an Weihnachten die Mitternachtsmesse feiern zu dürfen, damit die Mitgefangenen sich begegnen konnten. Der Militärkommandant gab die Erlaubnis unter der Bedingung, dass alle teilnehmen würden und sich fotografieren liessen. Der Propagandazweck war durchsichtig. Man wollte zeigen, wie gut es uns ginge und dass wir sogar die Messe feierten. Dennoch habe ich meine Mitgefangenen aufgefordert: «Los, wir gehen, auch in diese zweideutige Situation hinein!» Und dann sagte ich etwas Einfaches: «Die Eucharistie ist ein Zeichen der Versöhnung. Aber wir können uns nicht über unsere Gegensätze hinwegtäuschen. Ich will die Unterschiede nicht überbetonen, denn es ist Weihnachten. Aber es ist auch Fleischwerdung, Stunde der Wahrheit. Ich kann darum nicht sagen, alles sei gut und in Ordnung.» Ich habe versucht, die Spannung klar auszusprechen, nicht den Konflikt zu verwischen. Weiter habe ich gesagt: «Suchen wir einen Weg, eine gewisse gemeinsame Grundlage! Lasst uns die Eucharistie feiern, auch wenn die Wahrheit ist, dass wir die Unterdrückten sind und Ihr unsere Unterdrücker seid! Es gibt auch hier Gefoltete und Folterer.» Nachher liess mich der Kommandant nie mehr die Messe lesen. Er sagte: «Ich kenne Ihre Predigten schon. Sie beginnen immer mit Christus und der Inkarnation. Dann holen Sie die Leute vom Himmel auf die Erde zurück. Und wenn Sie auf der Erde ankommen, sprechen Sie über Politik.»

Solidarität mit der Dritten Welt durch Freundschaft, Analyse und befreienden Glauben

NW: Welchen Beitrag erwarten Sie von uns Christen und Christinnen in der Schweiz an Ihren Befreiungskampf auf den Philippinen?

Ed de la Torre: Wenn mir diese Frage gestellt wird, gebe ich darauf zwei einfache Antworten:

Ausgangspunkt und Angelpunkt jeder Solidarität ist eine *gemeinsame Basis*, ausgehend vom persönlichen Wissen um die Probleme bis zur Sympathie, ja zur Freundschaft. Man fragt nicht Freunde, was man für sie tun kann. Man fragt das eigentlich nur Fremde. Also heisst das, nicht nur Informationen austauschen, sondern auch persönliche Beziehungen aufbauen. Ich nehme an, dass die Schweizer mehr Geld haben als wir. Also können sie nach den Philippinen reisen oder Philippiner einladen.

Ebenso wichtig ist, dass Ihr Eure Verflechtung mit der Dritten Welt genauer analysiert. Es gibt bei Euch schon eine gewisse Solidarität; aber irgendwo tief drinnen habt Ihr auch ein Unbehagen, weil Ihr glaubt, dass mit der Befreiung der Dritten Welt für Euch das Gericht kommt, dass Ihr für Eure Privilegien, für Euren Überfluss büssen müsst. So aber wird die frohe Botschaft der Befreiung für die Dritte Welt für Euch zur schlechten Botschaft. Wie könnt Ihr das ertragen? Es ist doch widernatürlich, etwas anzunehmen oder gar zu unterstützen, das als gegen die eigenen Interessen gerichtet empfunden wird. Wir müssen einen Weg finden durch Analyse, persönliche Kontakte und tief drinnen auch durch den Glauben, dass Ihr verstehen könnt, wie sehr die Befreiung der Dritten Welt mit *Eurer Befreiung* verknüpft ist. Das ist zugleich die tiefste Grundlage jeder Solidarität. Und das entspricht dem Wort der Bibel: «Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, alles andere wird euch dazugegeben werden.» Wenn Ihr diese Wahrheit durch persönliche Beziehungen zur Dritten Welt entdeckt, dann wisst Ihr besser, was zu tun ist, als wir es Euch sagen könnten.

NW: Ed de la Torre, wir danken Ihnen. (Das Gespräch für die «Neuen Wege» führte Viktor Hofstetter, der es auch aus dem Englischen übersetzte.)